Landesgruppe
Nordrhein-Westfalen

Nr.13/ 14.11.2025

Jubiläum der Bundeswehr: 70 Jahre Einsatz für Frieden und Freiheit

Mit einem feierlichen Gelöbnis vor dem Reichstag und einer Debatte im Parlament würdigt Deutschland das Gründungsjubiläum der Bundeswehr. Der Vorsitzende der CDU/CSU-Fraktion, Jens Spahn, sprach den Frauen und Männern, die mit ihrem Dienst fürs Vaterland unsere Art zu leben verteidigen, größten Dank und Respekt aus. „Die russische Aufrüstung macht den Willen zur Landes- und Bündnisverteidigung wichtiger denn je seit dem Ende des Kalten Krieges“, schrieb Spahn in einem Gastbeitrag für die „Welt“. Die westlichen Werte und die freie Gesellschaft würden in ihren Grundfesten bedroht – von fremden Mächten bis hin zu islamistischen Terroristen, warnte Spahn. „Wir können ruhig schlafen, weil unsere Soldatinnen und Soldaten von der NATO-Ostflanke bis in den Nahen und Mittleren Osten für uns wachen, schützen und kämpfen.“ Um der Bedrohung Herr zu werden, müsse die Bundeswehr zur stärksten konventionellen Armee Europas werden.

Zur Feier des 70. Gründungsjubiläums legten 280 freiwillige Rekrutinnen und Rekruten auf dem Platz vor dem Reichstag ihr Gelöbnis ab – im Beisein von 2.000 hochrangigen geladenen Gästen aus Politik und Gesellschaft, darunter der Bundespräsident und der Bundesverteidigungsminister, die ihrerseits Reden hielten. Die Rekruten gelobten, „der Bundesrepublik Deutschland treu zu dienen und das Recht und die Freiheit des deutschen Volkes tapfer zu verteidigen“. Dass das Gelöbnis vor dem Reichstag stattfand, spiegelt die Tatsache, dass die Bundeswehr eine Parlamentsarmee ist. Über ihre Einsätze entscheidet der Bundestag.

In der Bundestagsdebatte zollten Politiker der CDU/CSU-Fraktion der Bundeswehr Dank und Respekt für ihre Leistungen zur Bewahrung von Frieden und Freiheit. „Wir sind stolz auf unsere Soldatinnen und Soldaten für das, was sie erreicht haben, und das, was sie für uns tun“, sagte der stellvertretende Fraktionsvorsitzende Norbert Röttgen.
Auch Röttgen verwies auf die breite gesellschaftliche Akzeptanz, derer sich die Bundeswehr erfreut. Sie sei eine der Institutionen, denen die Bürgerinnen und Bürger großes Vertrauen entgegenbringen, sagte Röttgen. Dies sei bei Weitem nicht immer so gewesen, denn die Gründung einer Armee nur zehn Jahre nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges sei damals in der Bevölkerung und im Bundestag hoch kontrovers diskutiert worden – verständlicherweise. Der Schritt habe sich aber als kluges Kalkül von Konrad Adenauer erwiesen, als ein Instrument zur Wiedererlangung der Souveränität Deutschlands, seiner Westbindung und schließlich der Wiedervereinigung.

Am 12. November 1955 meldeten sich die ersten 101 Freiwilligen zum Dienst im „Amt Blank“, wie das Verteidigungsministerium zunächst hieß – benannt nach seinem damaligen Minister Theodor Blank. Schon ein Jahr später wurde die Wehrpflicht eingeführtIn den Zeiten des Kalten Krieges bestand ihre Aufgabe in der Verteidigung des Landes und des NATO-Bündnisses. Nach der Wiedervereinigung und dem Fall des Eisernen Vorhangs strich die Bundeswehr die Friedensdividende ein und schrumpfte deutlich. Ihr Hauptaufgabengebiet verlagerte sie allmählich von der Landes- und Bündnisverteidigung auf Auslandseinsätze unter UN-Mandat. Im Zuge der drastischen Verkleinerung der Armee und der immer spärlicheren Einberufung von Wehrdienstleistenden stellte sich inzwischen die Frage der Wehrgerechtigkeit. Als Konsequenz daraus wurde die im Grundgesetz verankerte Wehrpflicht 2011 auf Eis gelegt. Aus der Bundeswehr wurde eine Berufsarmee mit heute rund 185.000 Soldatinnen und Soldaten. Angesichts neuer Bedrohungen, die spätestens mit dem Einmarsch Russlands in die Ukraine 2022 offenkundig wurden, hat die Koalition sich auf die Wiederbelebung des Wehrdienstes in zeitgemäßer Form geeinigt – zunächst auf freiwilliger Basis. Zug um Zug wird mit der Musterung und Rekrutierung in Abhängigkeit vom Bedarf begonnen werden.

Sehr geehrte Damen und Herren,
liebe Freundinnen und Freunde,

Schwarzarbeit schadet der deutschen Wirtschaft und untergräbt das Vertrauen in den Rechtsstaat. Wer schwarz oder illegal arbeitet oder arbeiten lässt, zahlt weder Steuern noch Sozialabgaben. Dadurch ist eine soziale Absicherung nicht gewährleistet und die Folgekosten fallen der Allgemeinheit zur Last. Die Handlungsfähigkeit des Staates wird zudem geschwächt, da das Sozialversicherungssystem umgangen, die Wirtschafts- und Arbeitsordnung untergraben und Arbeitnehmerrechte ausgehebelt werden.
Deswegen haben Union und SPD schon im Koalitionsvertrag vereinbart, die Finanzkontrolle Schwarzarbeit (FKS) weiter zu stärken und härter gegen diejenigen vorzugehen, die illegale Beschäftigung betreiben oder schwarzarbeiten. Zudem sollen mit einer besseren digitalen Vernetzung Kontrollen bürokratiearm und effektiv gestaltet werden und es soll ein vollständiger Datenaustausch zwischen Sozial-, Finanz- und Sicherheitsbehörden bald möglich sein. Des Weiteren sollen durch die Stärkung der Finanzkontrolle Schwarzarbeit Mehreinnahmen für die öffentlichen Haushalte erzielt werden. Durch das Gesetz entstehen für die Haushalte von Bund, Ländern und den Sozialversicherungen erhebliche Mehreinnahmen von rund 860 Mio. Euro bis zum Jahr 2029, insbesondere durch die geplanten Befugniserweiterungen und den Effizienzzuwachs. Durch dieses Gesetz sollen auch die Prüfungen in den besonders für Schwarzarbeit und illegale Beschäftigung anfälligen Bereichen weiter priorisiert und der Katalog der für Schwarzarbeit und illegale Beschäftigung besonders anfälligen Branchen im Schwarzarbeitsbekämpfungsgesetz an aktuelle Entwicklungen angepasst werden. Die Prüfungen selbst werden künftig moderner und stärker digital möglich sein.
Darüber hinaus setzt der Koalitionsvertrag wichtige Schwerpunkte auf die Bekämpfung der organisierten Kriminalität, die Modernisierung des Strafrechts und die schnelle Entlastung der Justiz. Denn die wirksame Bekämpfung von Schwarzarbeit und illegaler Beschäftigung schützt unsere sozialen Sicherungssysteme, den Rechtsstaat sowie betroffene Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer und gewährleistet zugleich einen fairen Wettbewerb zwischen den redlichen Arbeitgebern.

Herzliche Grüße aus Berlin!

Dr. Günter Krings, MdB
Vorsitzender der CDU-Landesgruppe NRW

Foto: Tobias Koch

Überprüfung der sicherheitsrelevanten Wirtschaftsbeziehungen zwischen Deutschland und China

Die sicherheitsrelevanten Wirtschaftsbeziehungen zwischen Deutschland und China haben in den letzten Jahren in vielen Bereichen zugenommen und müssen aus unserer Sicht dringend objektiv beleuchtet werden.

Deshalb haben wir diese Sitzungswoche einen Antrag im Bundestag eingebracht, der eine unabhängige Prüfung veranlasst, wie angesichts eines sich ändernden handels- und geopolitischen Umfelds die Sicherheit und Verlässlichkeit unserer Wertschöpfungsketten, unserer Energie- und Rohstoffimporte im Rahmen der nationalen und europäischen Sicherheit verbessert werden können.

Dabei sollen insbesondere die Wertschöpfungsketten, bei Energie- und Rohstoffimporten und im Hinblick auf wirtschaftlich und sicherheitspolitisch maßgebliche Technologien, und dabei die Abhängigkeiten und Vulnerabilitäten untersucht werden. Außerdem wollen wir die Untersuchung bestehender Investitionen und Investitionsmöglichkeiten von chinesischen Investoren in die kritische Infrastruktur Deutschlands sowie in sicherheitsrelevante Industrien, sowie von Arten technikbasierter Einflussnahme kritisch beleuchten.
Ziel muss es sein, Handlungsmaßnahmen zur Umsetzung einer Strategie des De-Risking, d. h. des Abbaus von problematischen Abhängigkeiten sowie der Reduzierung der Gefahr von wirtschaftlichem Zwang als politisches Instrument zu entwickeln.

Impressum:

Ausgabe Nr. 13/2025,
14. November 2025

Landesgruppe NRW der CDU/CSU-Fraktion im Deutschen Bundestag
Platz der Republik 1
11011 Berlin
Tel.: 030/ 227-58956
Fax: 030/ 227-76421

Email:
fabian.bleck@cducsu.de
Redaktion/ V.i.S.d.P:
Karl-Heinz Aufmuth,
Fabian Bleck

Neues Wehrdienstmodell vereinbart

Die Koalition führt einen neuen, zeitgemäßen Wehrdienst ein. CDU/CSU und SPD einigten sich auf ein Modell, das zunächst auf Freiwilligkeit setzt. Gleichzeitig werden die Männer ab dem Jahrgang 2008 verpflichtend gemustert, damit die Bundeswehr im Verteidigungsfall weiß, auf wen sie zurückgreifen kann. Unionsfraktionschef Jens Spahn sprach von einem „klaren Signal“, dass Deutschland willens ist sich zu verteidigen, wenn es sich verteidigen muss. „Die Bundeswehr ist unsere Freiheitsgarantie“, sagte er.

Deutschland hat der NATO zugesagt, bis 2035 personelle Fähigkeiten im Umfang von rund 260.000 Soldaten und 200.000 Reservisten bereitzustellen. Da die Bundeswehr derzeit ca. 185.000 Soldatinnen und Soldaten umfasst, muss es einen kontinuierlichen Aufwuchs geben. Dieser verbindliche Aufwuchspfad wird im Gesetz verankert, das der Bundestag bald beschließen soll. In halbjährlichem Abstand muss die Bundeswehr dem Bundestag dann darüber berichten, ob der Zahlenkorridor eingehalten wird.

Um den personellen Aufwuchs zu gewährleisten, wird die Bundeswehr ab dem kommenden Jahr alle 18-Jährigen anschreiben. In einem Fragebogen wird ihre Motivation und ihre Eignung erfasst. Männer müssen, Frauen können diesen Fragebogen beantworten. Ebenfalls ab 2026 werden alle Männer ab dem Jahrgang 2008 gemustert. Dies ist der Tatsache geschuldet, dass laut Grundgesetz nur Männer zum Wehrdienst verpflichtet werden können.

Jens Spahn umschrieb das Modell mit „mehr Verbindlichkeit in der Freiwilligkeit“. Für freiwillige Wehrdienstleistende soll es gleichzeitig Anreize geben. Wer freiwillig dient, erhält rund 2.600 Euro brutto im Monat. Ab einer Verpflichtungszeit von einem Jahr wird ein Führerscheinzuschuss für Pkw oder Lkw gewährt. „Wir wollen junge Menschen für den Dienst am Vaterland begeistern“, sagte der Fraktionsvorsitzende.

Sollten die personellen Ziele über die Freiwilligkeit nicht erreicht werden, kann es eine Bedarfswehrpflicht geben. Das heißt: Es werden so viele junge Männer eingezogen, wie es braucht, um die personelle Lücke zu füllen. Die Entscheidung darüber liegt dann aber wiederum in der Hand des Parlaments. Als mögliches Auswahlverfahren wird das Zufallsprinzip genannt, weil es die Chancen und Risiken, eingezogen zu werden gleich verteilt.
Mit diesem Modell gibt die Koalition entschlossene Antworten auf die sicherheits- und verteidigungspolitischen Fragen unserer Zeit. Jens Spahn äußerten auch die Erwartung, dass die Bundeswehr mit einem Wehrdienst wieder mehr in die Mitte der Gesellschaft gerückt werde. Denn mit den Fragebögen und der Musterung werde in fast jeder Familie das Thema Verteidigung wieder am Küchentisch diskutiert.

Diese Veröffentlichung dient ausschließlich der Information. Sie darf während eines Wahlkampfes nicht zum Zweck der Wahlwerbung verwendet werden.